



Fake-News-Gedenktag

14. März

Medien-Diskurs am Marktplatz

Am 14.03.2023 jährt sich zum dritten Mal der historische Fake-News-Tweet der Bundesregierung vom 14.03.2020. Das Gesundheits-Wahrheitsministerium versicherte, es seien keine massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens geplant, und gegenteilige Behauptungen seien "Fake News". Wenige Tage danach trat der erste Lockdown in Kraft.

Wir nehmen dieses denkwürdige Jubiläum zum Anlass für eine Protest- und Diskussionsveranstaltung:

Dienstag, den 14.03.2023, ab 14 Uhr auf dem Marktplatz in Marburg.

Neben den Falschbehauptungen der Bundesregierung wollen wir die Verantwortung der Medien für einen objektiven Journalismus und einen fairen öffentlichen Diskurs thematisieren. Nicht nur in den öffentlich-rechtlichen Medien, auch in der Lokalpresse ist in den letzten drei Jahren so Einiges falsch oder grob verzerrt dargestellt worden. Gerade jetzt – in Zeiten des Krieges – ist wahrhaftige Berichterstattung wichtiger denn je! Julian Assange sagte 2011: „*If wars can be started by lies, peace can be started by truth.*“

„Wenn Kriege mit Lügen begonnen werden können, dann kann der Frieden durch die Wahrheit beginnen.“

Daher wollen wir am 14.03.2023 ab 14 Uhr auf dem Marktplatz u.a. folgende Fragen diskutieren:

- Wie haben Regierungen Einfluss auf die Berichterstattung über die Gefährlichkeit des Coronavirus, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen sowie die „Wirksamkeit und Sicherheit“ der neuartigen mRNA-„Impfstoffe“ genommen?
 - BMI-Strategie „Gewünschte Schockwirkung“
 - Informationsüberflutungs-Strategie („flooding the zone“) aus Event 201
 - Medialer Aufbau regierungsnaher „Experten“, Ausschluss kritischer Sichtweisen und Diffamierung von Abweichlern
 - Totschlag-Argumente („Verschwörungstheorie“, „Wissenschaftsfeindlichkeit“, „rechtsoffen“)
 - Zensur in sozialen Medien
 - Einseitige „Faktenchecks“, die ihrerseits falsche Behauptungen als staatliche Wahrheit propagieren
- Kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk reformiert werden? Wenn ja – wie?
- Sind die privatrechtlich organisierten Medien (Zeitungen, Rundfunk, Fernsehsender) ihrer Verantwortung gerecht geworden? Welche Defizite gab es? Was muss sich ändern, um einen fairen öffentlichen Diskurs in einer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen?

Die Lokalpresse, überregionale Medien sowie alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, über diese Fragen mit uns ins Gespräch zu kommen.

